

Blocher lässt mit sich reden



SCHUTZKLAUSEL sda. Alt Bundesrat Christoph Blocher (Bild) ist bereit, für die Umsetzung der SVP-Masseneinwanderungsinitiative auch über eine Schutzklausel zu sprechen. Allerdings: «Die durch das Volk beschlossene Wirkung – massiv weniger Zuwanderung – muss erzielt werden», sagte er im Interview mit der «Schweiz am Sonntag». So sähen einzelne Unternehmer im persönlichen Gespräch mittlerweile ein, dass die Personenfreizügigkeit eingeschränkt werden müsse, sagte Blocher im Gespräch.

Zeitfaktor sei entscheidend

Das Modell mit einer Schutzklausel hatte der frühere Schweizer Diplomat Michael Ambühl in die Diskussion eingebracht. Für den SVP-Nationalrat stellt sich bei der Diskussion zur Schutzklausel aber derweil die Frage, «ab wann die beschlossene Kontingentierung und der Inländerschutz gelten sollen». Und weiter: «Dieser Sockel müsste sehr tief liegen.»

Stimmvolk will zweite Röhre

GOTTHARD sda. Der Bau eines zweiten Autobahn-Tunnels durch den Gotthard ist mehrheitsfähig: Laut einer Umfrage sprechen sich 70,8 Prozent dafür aus, eine Röhre durch den Berg zu bohren, nach deren Fertigstellung der bestehende Tunnel geschlossen und saniert werden könnte. 21,5 Prozent der Befragten sprechen sich gegen diese Lösung aus – 7,7 Prozent sind noch unentschieden. Die Erhebung wurde vom Meinungsforschungsinstitut Opinionplus im Auftrag des «Sonntagsblicks» durchgeführt. Zwischen dem 4. und 14. Juli dieses Jahres wurden in der Deutsch- und in der Westschweiz demnach 1000 Stimmberechtigte online befragt.

Ab 2030 beide Tunnel offen

Aus Sicht des Bundesrates und der Parlamentsmehrheit ist ein neuer Strassentunnel nötig, um den ersten, 1980 eröffneten, zu sanieren. Für das Projekt veranschlagte der Bundesrat 2,8 Milliarden Franken. Der neue Tunnel soll ab 2020 in 7 Jahren gebaut werden. Ab 2030 sollen beide Tunnel je einspurig betrieben werden.

NACHRICHTEN

Burkhalter will Sanktionen lockern

ATOMSTREIT sda. Nach der Einiung im Atomstreit darf der Iran Anfang 2016 mit der Aufhebung der internationalen Sanktionen rechnen. Die Schweiz soll laut **Didier Burkhalter** ihre Strafmassnahmen «so rasch wie möglich» beenden. Der Bundesrat werde das sorgfältig prüfen und eigenständig entscheiden, sagte der Aussenminister in einem Interview mit der «NZZ am Sonntag». Die Schweiz hatte im Februar 2007 Zwangsmassnahmen gegen den Iran verhängt.

Geschäft mit Schönheit boomt

OPERATIONEN sda. 2014 wurden in der Schweiz 53 300 Schönheitsoperationen vorgenommen. Die Zahl der Eingriffe stieg um 0,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr – zuvor war sie um 4 bis 5 Prozent gewachsen. Insgesamt sind das fast so viele wie im operationsfreudigen **Brasilien** und deutlich mehr als in **Deutschland**. Am häufigsten werden Brustvergrösserungen durchgeführt, auf Rang zwei folgt die Augenlidkorrektur und auf Rang drei die Brustverkleinerung, wie eine «Sonntagszeitung»-Umfrage zeigt.

«Es ist ein Geben und Nehmen»

FINANZAUSGLEICH Nach der Neugestaltung des NFA will Jean-Michel Cina das System weiterentwickeln. Ausserdem äussert sich der Walliser Staatsrat zur Referendumsandrohung der Zentralschweizer Kantone.

INTERVIEW JÜRGEN AUF DER MAUR schweiz@luzernerzeitung.ch

Jean-Michel Cina, Sie haben in der Konferenz der Kantonsregierungen den sogenannten Kompromiss zum nationalen Finanzausgleich (NFA) eingefädelt und durchgesetzt. Das Parlament, dass heisst die Mehrheit der Nehmerkantone, winkte ihn durch. Sind Sie noch immer zufrieden?

Jean-Michel Cina*: Einfädeln – durchsetzen. Das ist eine falsche Wortwahl. Die Plenarversammlung der Konferenz der Kantonsregierungen KdK hat dem leitenden Ausschuss den Auftrag gegeben, dem Parlament einen Ausweg aus der verfahrenen Situation bezüglich Dotation des Ressourcenausgleichs vorzuschlagen. 19 Kantonsregierungen – auch aus ressourcenstarken Kantonen – haben dieser politischen Verständigungslösung zugestimmt.

Weshalb?

Cina: Für den Bestand des Föderalismus und der interkantonalen Solidarität war das wichtig. Es stehen weitere wichtige Entscheide an, die für die Kantone, insbesondere auch die ressourcenstarken, von grosser Bedeutung sind, und bei denen die Kantone so geschlossen wie nur möglich auftreten müssen. Das ist entscheidend – und nicht meine Wertung des Ergebnisses.

Die Geberkantone fühlen sich jetzt, wo die neuen Zahlen bekannt sind, aber gleich doppelt geprellt. Nicht nur, dass die Reduktion kleiner wurde als vom Bundesrat vorgeschlagen. Jetzt zahlen die meisten Geber sogar noch mehr. Verstehen Sie den Ärger in den Geberkantonen?

Cina: Damals standen sich die Position des Bundesrates und jene der ressourcen-schwachen Kantone gegenüber. Das Parlament konnte sich nicht einigen. Es galt, eine politische Lösung zwischen diesen beiden Haltungen zu erarbeiten. Es war wichtig, dass sich eine deutliche Mehrheit der Kantonsregierungen hinter diese Verständigungslösung stellte. Das war und ist der Fall.

Was wäre dann passiert?

Cina: Ohne diese Lösung würde heute die Belastung des Bundes und der ressourcenstarken Kantone um 165 Millionen Franken höher sein.

Wo sehen Sie denn den Kompromiss, wenn Abmachungen wie jetzt einfach übergangen werden?

Cina: Eine Verständigungslösung besteht immer im Geben und im Nehmen. Eine gewisse Unzufriedenheit gibt es immer. Die 85-Prozent-Regel war immer nur als ein Mindestziel und nicht als absolute Zielgrösse vorgegeben. In der ersten Vierjahresperiode wurde dieses Mindestziel für Uri zum Beispiel unterschritten. Im Weiteren haben sich die Unterschiede der finanziellen Leistungsfähigkeit zwischen den ressourcenstarken und -schwachen Kantonen nicht wesentlich verändert.

Wie beurteilen Sie aber die staatspolitische Dimension des Beschlusses, wenn sich die Mehrheit der Kantone und das Parlament offensichtlich um Abmachungen foutieren?

Cina: Wie bereits erwähnt, war es nicht eine Abmachung. Es ist lediglich ein Mindestziel. Allen Beteiligten ist aber bewusst, dass im Hinblick auf den dritten Wirksamkeitsbericht eine Weiterentwicklung des Finanzausgleichs erfolgen muss. Entsprechende Absichten waren bereits Gegenstand der politischen Verständigungslösung, und die entsprechenden Arbeiten diesbezüglich sollen nächstens von den Kantonen an die Hand genommen werden.

Die politische Quittung kommt nun. Die SVP sammelt Stimmen für das Volksreferendum; auch die Zentralschweizer Regierungen unterstützen

Die Neuausgestaltung des Nationalen Finanzausgleiches (NFA), ganz nach dem Vorbild der Inschrift in der Bundeshauskuppel «Einer für alle, alle für einen», gibt kantonsübergreifend zu reden.

Keystone/Peter Mosimann

das Kantonsreferendum. Wie beurteilen Sie diese Schritte?

Cina: Kantonsreferendum und Volksreferendum sind demokratische Instrumente. Sie stehen den Kantonen und dem Volk zu. Es ist nicht an mir, die Ergriffung dieser Instrumente politisch zu bewerten. Selbstverständlich habe ich eine persönliche Meinung dazu, als Präsident der KdK steht es mir allerdings nicht zu, diese öffentlich über die Medien zu verbreiten.

Gibt es in Ihren Augen eine Obergrenze, die pro Kopf aus einem Kanton in den NFA bezahlt werden soll? Der Kanton Zug spricht von einer Grenze bei 2000 Franken – jetzt sind es gegen 3000 Franken.

Cina: Man kann diese Frage nicht in absoluten Zahlen und bezogen auf die Bevölkerung beantworten. Interkantonale Solidarität lässt sich nicht in einer mathematischen Formel ausdrücken. Wir wissen, dass der Finanzausgleich weiterentwickelt werden muss. Das ist die Absicht einer Mehrheit der Kantonsregierungen. Diese Arbeit gilt es in den nächsten Monaten an die Hand zu nehmen.

Was raten Sie einem Kanton wie Schwyz, der 180 Millionen einzahlen muss, selber aber kein Geld mehr hat und immer mehr Leistungen streicht und Steuern erhöht?

Cina: Alle Kantone stehen vor grossen finanziellen Herausforderungen. Da liegt es nicht an mir, Ratschläge zu erteilen. Wichtig bleibt dabei die Haltung der Kantone, wonach Sparprogramme des



«Interkantonale Solidarität lässt sich nicht in einer mathematischen Formel ausdrücken.»

JEAN-MICHEL CINA, CVP-STAATSRAT KANTON WALLIS

Bundes nicht zu lasten der Kantone gehen und der Bund nicht sogenannte Aufgaben mit dynamischer Kostenentwicklung auf die Kantone überträgt. Hierfür sollten sich alle Kantone gemeinsam einsetzen.

Ist diese Entwicklung noch gesund? Wo sehen Sie als KdK-Präsident eine Lösung, ein Ende der Spirale?

Cina: Nun, wie gesagt: Das NFA-System ist weiterzuentwickeln, und die Kantone müssen sich geschlossen für ihre Interessen einsetzen. Schwierige Herausforderungen kommen in nächster Zeit auf uns zu. Dazu gehört die Unternehmenssteuerreform III und das Kosten- und Aufgabenüberprüfungspaket (KAP) des Bundes.

Bern bekommt über 1,2 Milliarden Franken, Schwyz und Zug fühlen sich geschröpft. Was macht Schwyz falsch?

Cina: Ich glaube nicht, dass sich innerstaatliche Unterschiede und Solidaritätslösungen so einfach plakativ erklären lassen. Die Kantone anerkennen die überragende Bedeutung des NFA als grundlegende Reform der föderalistischen Staatsordnung unseres Landes und sind sich bewusst, dass es wichtig ist, Lösungen zu präsentieren, welche die föderale Solidarität auch in Zukunft gewährleisten.

HINWEIS

* Jean-Michel Cina ist Staatsrat des Kantons Wallis und Präsident der Kantonsregierungen (KdK).

Referendum steht auf der Kippe

POLITIK red. Der Bundesrat wollte den Geberkantonen unter die Arme greifen. Weil auch die ärmsten Kantone über 85 Prozent der vereinbarten Leistungen verfügen, bestand von Gesetzes wegen Handlungsbedarf. Die betroffenen Kantone hätte das um 330 Millionen Franken entlastet.

Nehmerkantone sperren sich

Weder Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf noch die Geberkantone machten aber die Rechnung mit den 19 Nehmerkantonen: Diese gaben sich nicht nur im Ständerat stur. Nach mehrmaliger Pattsituation schaltete sich die Konferenz der Kantonsregierungen ein und schlug als Kompromiss vor, den Geberkantonen nur mit der Hälfte entgegenzukommen. Die Mehrheit der Parlamentarier in beiden Kammern stimmte diesem Vorschlag zu. Der Kanton Schwyz wird 2016 beispielsweise mit 7 statt 14 Millionen entlastet. Neu bezahlt er damit 181 Millionen Franken in den Topf. Allerdings argumentierten Geber-Finanzdirektoren, dass das kein Kompromiss sei.

Keine Unterstützung aus Zürich

Nun wird von mehreren Seiten gegen den Parlamentsentscheid das Referendum ergriffen. Die Regierungen aus Zug, Schwyz und Nidwalden haben erklärt, dass sie das Kantonsreferendum unterstützen werden. Damit dieses zu Stande kommt, braucht es aber acht Kantone. Zürich winkte schon ab – und bei den 19 Nehmerkantonen wird die Bereitschaft kaum grösser sein, gegen den Parlamentsentscheid eine Volksabstimmung zu erzwingen.